Monatsspiegel

November 2011

SPD Erlangen

Adressaufkleber

Packen wir's an!

Mit Christian Ude gibt es 2013 eine realistische Möglichkeit für einen Regierungswechsel in Bayern – Diese Chance für die SPD gilt es gemeinsam nutzen!

Am 7. Oktober hat der SPD-Landesvorstand einstimmig Christian Ude als Spitzenkandidaten der bayerischen SPD für die Landtagswahl 2013 vorgeschlagen. Offiziell nominiert wird Ude auf einem Landesparteitag voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2012.

Man kann dabei durchaus irritiert sein darüber, wie Christian Ude in einer Mischung aus Sommerloch-Debatte und Selbstausrufung zu dieser Kandidatur gekommen ist. Und auch die ultimative Verknüpfung der Kandidatur Udes mit einer Änderung des Beschlusses der BayernSPD gegen die dritte Startbahn am Münchner Flughafen zu einem „Ja" war sicherlich unglücklich. Am Ende zählt aber das Ergebnis: Mit Christian Ude hat die BayernSPD nicht nur einen Spitzenkandidaten, der den Anspruch erhebt, regieren zu wollen – sondern auch einen, der in 18 Jahren als Oberbürgermeister in München unter Beweis gestellt hat, dass er regieren kann.

Nun gilt es, die Chance, die Udes Kandidatur für einen Regierungswechsel in Bayern bietet, auch zu nutzen. Umfragen zeigen, dass eine Mehrheit in Bayern sich einen Regierungswechsel vorstellen kann, und schon seit Monaten gibt es eine rechnerische Mehrheit in der „Sonntagsfrage" für die Landtagswahl zugunsten der Oppositionsparteien SPD, Grüne und Freie Wähler.

Aber auch wenn die Ausgangslage günstig ist: Ein Selbstläufer ist der Regierungswechsel 2013 noch lange nicht. Es wird viel Arbeit von der gesamten Partei erfordern, die jetzt gute Stimmung und die große Zustimmung zur Kandidatur von Christian Ude zu nutzen und die Wechselstimmung bis zur Landtagswahl 2013 noch zu verstärken. Die Partei darf sich dabei nicht nur auf die Bekanntheit und den Einsatz von Christian Ude verlassen: Er alleine kann die Wahl nicht gewinnen. Das gelingt nur, wenn die ganze Partei engagiert und motiviert in den Wahlkampf geht.

Von Philipp Dees
Mitglied im SPD-Landesvorstand

Der Regierungswechsel in Bayern ist aber auch deshalb keineswegs sicher, weil die SPD sicherlich nicht alleine wird regieren können, sondern einen Koalitionspartner brauchen wird. Und bei beiden Parteien, die dafür in Frage kommen – und wahrscheinlich beide gebraucht würden – ist keineswegs sicher, ob sie am Ende auch als Regierungspartner der SPD in Frage kommen. Die Freien Wähler schwanken noch, ob sie sich nicht viel lieber der CSU andienen sollen und sind in ihrer inhaltlichen Positionierung keineswegs gefestigt: Zwischen strikt konservativen Äußerungen z.B. in der Innenpolitik, neoliberalen Positionen gerade bei der Haushaltspolitik und sehr SPD-nahen Forderungen

Fortsetzung auf Seite 3

02.11.	20:15	Jusos: Jahreshauptversammlung	Orpheus	S. 19
08.11.	20:00	Distrikt Frauenaurach: Distriktsversammlung	TSV Frauenaurach	S. 16
08.11.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 17
09.11.	20:00	AsF: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 19
13.11.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Gansessen	Schlossgaststätte	S. 17
15.11.	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 16
16.11.	15:00	60plus: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 19
16.11.	19:00	Distrikt Anger/Bruck: Distriktsversammlung	AWO-Räume Anger	S. 16
16.11.	20:00	Projektgruppe „Soziale Fragen“	August-Bebel-Haus	S. 8
16.11.	20:00	Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis	August-Bebel-Haus	S. 4
17.11.	20:00	Kreisvorstand	Turnerbund	S. 7
22.11.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Kulisse	S. 17
23.11.	20:00	Distrikt West: Distriktsversammlung	Güthlein	S. 18
25.11.	20:00	Linkes Forum	Orpheus	S. 8
27.11.	11:00	Ehrungsveranstaltung	Novotel	S. 3
30.11.	20:00	Distrikt Ost: Jahresausklang	Waldschänke	S. 17

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzender: Dieter Rosner
Geschäftsführerin: Sabine Wehner
Friedrich-List-Straße 5,
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de
Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
BLZ 76350000, Konto-Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag	08:00 bis 12.00 Uhr
Dienstag	08:00 bis 12:00 Uhr
Mittwoch	08:00 bis 12:00 Uhr
Donnerstag	10:00 bis 14:00 Uhr
Freitag	geschlossen

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzender: Dr. Florian Janik
Geschäftsführerin: Saskia Coerlin
Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon: 09131-86-2225
Fax: 09131-86-2181
E-Mail: spd@stadt.erlangen.de
Internet:www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten

Montag	09:00 bis 12.00 Uhr
Dienstag	09:00 bis 12:00 Uhr
Mittwoch	09:00 bis 12:00 Uhr
Donnerstag	09:00 bis 12:00 Uhr
Freitag	geschlossen

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen
Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung
Philipp Dees
Lichtenfelser Weg 6
91056 Erlangen
Telefon: 09131-483791
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

wie beispielsweise der nach der Abschaffung von Studiengebühren findet sich bei den Freien Wählern alles – und niemand kann sagen, wer sich dann bei möglichen Koalitionsverhandlungen bei den Freien Wählern durchsetzt.

Und auch die Grünen müssen sich noch entscheiden, ob sie eine Politik der Versöhnung von Ökologie und Ökonomie wollen oder sich dort diejenigen durchsetzen, die einen platt fortschrittsfeindlichen Kurs fahren – und nicht nur, aber gerade auch bei den bayerischen Grünen immer stärker werden. Um nicht missverstanden zu werden: Das heißt nicht, dass die Grünen jedem Infrastrukturprojekt zustimmen müssen. Man kann mit guten Gründen gegen die dritte Startbahn oder die zweite S-Bahn-Stammstrecke in München sein, ohne damit Bayerns Fortschritt zu gefährden. Aber der bei den Grünen zu beobachtende Reflex, dass jedes Infrastukturprojekt und jede Investition gleich des Teufels ist, die Aussage, dass weiteres Wachstum der Wirtschaft per se abzulehnen ist, unabhängig davon, woraus es entsteht – solche Positionen würden tatsächlich die Entwicklung Bayerns hemmen und die Grünen regierungsunfähig machen. Es gibt aber auch genügend Kräfte bei den Grünen, die dies genauso sehen und sich für eine nachhaltige, ökologische und soziale wirtschaftliche Entwicklung einsetzen.

Gerade weil die Konstellation für einen Regierungswechsel nicht sicher ist, heißt es aber umso mehr, für ein starkes SPD-Ergebnis zu kämpfen. Je klarer die Führungsrolle der SPD unter den drei potentiellen neuen Regierungsparteien aussieht, umso klarer können wir auch unser Programm durchsetzen: Die Kostenfreiheit der Bildung von der KiTa bis zum Studium; die Entwicklung eines Schulssystems, in dem nicht mehr die soziale Herkunft der SchülerInnen über den Bildungserfolg entscheidet; eine Regionalpolitik, die nicht nur die Zentren stärkt, sondern auch den ländlichen Raum im Blick hat, um nur einige Beispiele zu nennen.

Dabei werden wir jetzt nicht zwei Jahre Dauerwahlkampf führen: Die Zeit bis zur Landtagswahl wird, in den Worten von Christian Ude, ein „zweijähriges Crescendo“ sein, bei dem es gilt, unsere Positionen weiterzuentwickeln, in die Öffentlichkeit zu tragen und dort für Zustimmung zu werben. Die Chancen für ein starkes Ergebnis der SPD und einen Regierungswechsel in Bayern sind da. Gemeinsam müssen wir sie jetzt nutzen.

In diesem Sinne gilt: Packen wir’s an!

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Ehrungsveranstaltung

am Sonntag, den 27. November 2011, 11.00 Uhr
im Novotel, Hofmannstraße 34

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen unsere Jubilarinnen und Jubilare. Wir können in diesem Jahr ehren:

Für 65 Jahre Mitgliedschaft
Andreas Hahn

Für 60 Jahre Mitgliedschaft
Adolf Seinmüller
Heinz Triftshäuser

Für 50 Jahre Mitgliedschaft
Martin Böller

Für 40 Jahre Mitgliedschaft
Helmut Aichele
Günter Braun
Karlheinz Eger
Walter Fellermeier
Wilhelm Frank
Harald Krebs
Georg Kugler
Michael Ludwig
Bernd Meyer
Gisela Niclas
Alfred Opitz
Günther Popp
Manfred Preuß
Ursula Rechtenbacher
Günter Rupprecht
Karin Sichel
Helga Steeger
Winfried Stein
Heide Wegener
Hartmut Wiechert
Ruth Wissmann

Für 25 Jahre Mitgliedschaft
Silke Banasch-Schmidt
Frank Eschenbacher
Gerda Henke
Nathali Jückstock
Miroljub Kostic
Wolfgang Kummer
Ursula Kummer
Renate Paxton
Christa Schmitt
Gerlinde Uhl

Für 10 Jahre Mitgliedschaft
Elisa Coburger
Graeme Cunningham
Rüdiger Görlitz
Eva Haas
Petra Hannweg
Silke Hannweg
Brunhilde Hummich
Barbara Janik
Steffen Lanig
Fred Milzarek
Martin-Gregori Pallingen
Anne Pelzer
Jaana Sturm
Karlotta Quraisi
Sabine Reil
Sylvia Janik
Reinhard Rottmann
Ursula Schnapper
Johannes Scholz
Waltraud Schüßler
Klaus Spinnler
Johannes Staedtke
Ruth Sych
Barbara Thaler
Marianne Titiz
Irem Titiz
Claus Uhl
Angelika Veelken
Oliver Wütscher
Sema Yaver
Peter Zorec

Wir hoffen, viele von Euch bei diesem besonderen Anlass, der Parteigeschichte lebendig werden lässt, begrüßen zu können, um gemeinsam mit unseren langjährigen und verdienten Mitgliedern zu feiern.

Dieter Rosner Dirk Goldenstein Sandra Radue

Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis

Wir treffen uns wieder am

Mittwoch, 16. November, 20 Uhr im August-Bebel-Haus

Themen:

- Aktuelles („Euro-Krise“, Sondermemorandum „Euroland in der Krise“, Euro-Memorandum 2010/11),
- Jahresschwerpunktthema des Kreisverbands „Und wo bleibt die Gerechtigkeit? Soziale Fragen, die aus der Mitte der Gesellschaft kommen“: Strukturdaten Erlangens – Analyse und politische Folgerungen

Wie jeder Arbeitskreis des Kreisverbands ist auch der WiPo-AK natürlich offen für alle Interessierten, ob SPD-Mitglieder oder nicht. Wir freuen uns über jede/n, die/der mitarbeiten, mitdiskutieren oder auch nur erst mal zuhören will.

NB: Da der vorgesehene Termin erstens am „Buß- und Bettag“ ist und sich zweitens mit dem Treffen der Projektgruppe „Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen“ überschneidet, ist eine Terminänderung möglich. Benachrichtigung erfolgt an alle, die im WiPo-E-Mail-Verteiler sind, über E-Mail, evtl. nach einer Doodle-Abfrage zur Terminfindung. Alle anderen bitte ich um Rückfrage bei mir.

Helmut Pfister

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Dezember 2011/Januar 2012
Mittwoch (!), 23. November 2011

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im November Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute

01.11. Siglinde Hertwich
75 Jahre

02.11. Gerd Worm
50 Jahre

03.11. Ruth Sych
78 Jahre

04.11. Herbert Hummich
74 Jahre

08.11. Rosi Pfister
78 Jahre

08.11. Grete Höfer
88 Jahre

10.11. Margit Holdschick
72 Jahre

19.11. Anton Neubauer
72 Jahre

21.11. Kai Sengpiel
50 Jahre

22.11. Lutz Reyher
84 Jahre

24.11. Heinz Brunner
60 Jahre

25.11. Otto Vierheilig
60 Jahre

27.11. Friedrich Schrenk
70 Jahre

28.11. Erich-Herbert Mondon
72 Jahre

30.11. Harald Straube
88 Jahre

Stellenausschreibung
Praktikum bei der SPD-StadtratsfraktionErlangen

In der SPD-Stadtratsfraktion in Erlangen ist im Frühjahr 2012 für mindestens 6 Wochen und maximal drei Monate folgende Stelle zu besetzen:

Praktikantin/Praktikant

Tätigkeitsfelder:

- Vorbereitung und Begleitung der Arbeit der SPD-Stadtratsfraktion
- Recherche und inhaltliche Zuarbeit
- Öffentlichkeitsarbeit
- Projektarbeit zum Thema Partizipation der Bürgerinnen und Bürger in der Kommunalpolitik

Voraussetzungen:
Wir suchen an der Kommunalpolitik interessierte Studenten/innen, die in ihrem Studium oder durch ehrenamtliche Tätigkeit bereits Kenntnisse in politischer Arbeit erworben haben. Weitere Voraussetzung ist die Identifikation mit den Zielen der Sozialdemokratie. Das Praktikum ist vergütet.

Kontakt und Bewerbung:
Bewerbung (Anschreiben, Lebenslauf, Zeugnisse) bis spätestens 1. Dezember 2011 per E-Mail oder Post an SPD-Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen, spd@stadt.erlangen.de.
Für Rückfragen: Dr. Florian Janik, Fraktionsvorsitzender: Florian.Janik@gmx.de, 09131-59099

Jugendliches Engagement für Demokratie gewürdigt

Verleihung des Karl-Heinz-Hiersemann-Preises in Erlangen

Zum sechsten Mal verlieh die MittelfrankenSPD zusammen mit dem Kreisverband Erlangen im Redoutensaal in Erlangen den Karl-Heinz-Hiersemann-Preis an engagierte mittelfränkische Jugendliche, die sich um friedliche Verständigung zwischen den Völkern, für eine lebendige Demokratie sowie gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit besonders verdient gemacht haben.

„Es tut gut zu wissen, dass es viele Jugendliche gibt, die ein positives Beispiel darstellen, Zivilcourage zeigen, mobil machen gegen Intoleranz und Fremdenhass, gegen Gewalt, die Projekte für ein friedliches Miteinander initiiert haben, die sich mit der Geschichte auseinandergesetzt haben, dadurch daraus lernen wollen und Position beziehen", betonte Christa Naaß, Vorsitzende der MittelfrankenSPD, in ihrer Begrüßungsrede.

Auch Natascha Kohnen, Generalsekretärin der BayernSPD, appellierte in ihrer Festrede an die Preisträger und Gäste, nicht aufzuhören, die Demokratie zu gestalten und gegen jene zu kämpfen, die sie ablehnten. „Wir brauchen eine Kultur des demokratischen Entscheidens!" betonte sie: „Diese jungen Menschen müssen spüren, dass wir dieses Engagement sehr schätzen, sehr brauchen und unterstützen." „Politische Bildung", so die Generalsekretarin, „ist die Plattform, um die Regeln der demokratischen Gesellschaft zu lernen und wie man sich in diese Gesellschaft einbringen kann."

Die Preisträgerinnen und Preisträger vom Wahlkurs Menschenrechte des Sigmund-Schuckert-Gymnasiums Nürnberg mit (verdeckt) Natascha Kohnen, Generalsekretärin der BayernSPD, (3. von links) Dieter Rosner, SPD-Kreisvorsitzender und (rechts) Christa Naaß, SPD-Bezirksvorsitzende

Besonders verdient gemacht haben sich in dieser Richtung nach Überzeugung der Jury die Cumiana-Gruppe des Erlanger Ohm-Gymnasiums für ihre Aktivitäten innerhalb der Städtepartnerschaft Erlangen und Cumiana, das Hardenberg-Gymnasium Fürth mit dem Projekt „Groß hilft Klein" zur Integration der Grundschülerinnen und Grundschülern mit Migrationshintergrund sowie das Sigmund-Schuckert-Gymnasium Nürnberg für Texte über das Schicksal von Angehörigen in der Zeit des Nationalsozialismus, im Zweiten Weltkrieg und den anschließenden Wirren mit Flucht und Vertreibung. Die Preise sind jeweils mit 400 Euro dotiert.

Der Sonderpreis der SPD Erlangen in Höhe von 300 Euro ging an die Initiative Jugendhaus Erlangen für die Ausstellungs- und Vortragsreihe „Pueblo en Armas – Bürgerkrieg und Revolution in Spanien 1936 – 1939. „Damit sollen zugleich auch die hervorragenden Leistungen anerkannt werden, mit denen das selbstverwaltete und unabhängige Jugendhaus seit 2005 das politisch-kulturelle Angebot und die Diskussions- und Aktionsräume für Jugendliche in Erlangen bereichert", sagte Kreisvorsitzender Dieter Rosner in seiner Laudatio.

Die Cumiana-Gruppe des Erlanger Ohm-Gymnasiums mit (von rechts) Dieter Rosner, SPD-Kreisvorsitzender, Natascha Kohnen, Generalsekretärin der BayernSPD und Christa Naaß, SPD-Bezirksvorsitzende

Die Preisträgerinnen und Preisträger vom Projekt „Groß hilft Klein" des Fürther Hardenberg-Gymnasiums mit (von links) Horst Arnold, Vorsitzender der SPD Fürth, Dieter Rosner, Vorsitzender der SPD Erlangen, Natascha Kohnen, Generalsekretärin der BayernSPD sowie (von rechts) Diana Liberova, Mitglied der Jury des Karl-Heinz-Hiersemann-Preises und Christa Naaß, SPD-Bezirksvorsitzende

Die Preisträgerinnen und Preisträger vom Erlanger Jugendhaus mit (rechts) Dieter Rosner, SPD-Kreisvorsitzender

Kommunale Bildungspolitik – geht das?

Zu den Möglichkeiten, in den Kommunen Bildungspolitik zu gestalten, sprach der Nürnberger Oberbürgermeister und Präsident des bayerischen Städtetags Dr. Ulrich Maly auf Einladung der Erlanger SPD-Stadtratsfraktion im Frankenhof. Zum Publikum gesellte sich dabei auch der Erlanger Oberbürgermeister, der sich offensichtlich Denkanstöße von seinem sozialdemokratischen Kollegen versprach.

Maly ging dabei auch auf das Bildungssystem im Allgemeinen ein. Die Diskussion um die Schulstrukturen müsse von klaren Bildungszielen abgelöst werden, wie z.B., dass niemand mehr die Schulen ohne Abschluss verlasse. Für jeden Jugendlichen müsse ein Bildungsangebot zur Verfügung stehen. Dabei müsse in Bildungsbiografien gedacht werden, um zu jedem Zeitpunkt passende Angebote unterbreiten zu können. Ziel müsse es sein, die Abhängigkeit von Bildungschancen und Elternhaus aufzubrechen. Dieser Zusammenhang sei in Deutschland besonders stark.

Eine Kommunalisierung der Bildungspolitik betrachtet Maly mit Skepsis – nicht, weil sie nicht wünschenswert sein, sondern weil die Kommunen die notwendigen Finanzen nicht zur Verfügung hätten. Notwendig sei daher eine Diskussion um das Staatsverständnis: Unter anderem zur Finanzierung eines besseren Bildungssystems sei es notwendig, die Erbschaftssteuer zu erhöhen, die Vermögenssteuer wieder einzuführen und die Abschreibungsmöglichkeiten für Spitzenverdiener zu beschränken.

Juso-Hochschulgruppe startet ins neue Semester

Mit neuem Personal und neuem Elan startete die Juso-Hochschulgruppe in das Wintersemester 2011/12. Auf der Erstsemesterbegrüßung im E-Werk konnten 300 Unterschriften für die Massenpetition der BayernSPD zur Abschaffung der Studiengebühren gesammelt werden. Gemeinsam mit der DGB-Jugend gab es noch in der ersten Semesterwoche eine Infoveranstaltung über die Rechte im Nebenjob und beim Praktikum, die Resonanz blieb dabei allerdings gering. Um den Einstieg in den Betrieb zu erleichtern, wird es eine weitere Infoveranstaltung von DGB und HSG am 14.11. um 16:30 Uhr auf dem Südgelände geben. Näheres bald unter www.jusos-fau.de .

Zahlreiche Unterschriften gegen Studiengebühren konnte die Hochschulgruppe beim Infostand während der Erstsemesterbegrüßung sammeln

Themen und Arbeit gibt es für die Hochschulgruppe genug: Die Wohnungsnot in Erlangen wird uns weiter beschäftigen, genauso wie der Führungsstil der Universitätsleitung, einem Wirtschaftsunternehmen gleichkommend, bei dem Studierenden nur als kaltes Rohmaterial betrachtet werden. Mehr einbringen wollen wir uns bei der Zusammenarbeit in unserem Bündnis für die Hochschulwahlen, welches sich „Bündnis Bildung-Grün-Links (BGL) nennt. Das Bündnis besteht aus der Bildungsprotestgruppe, den Linke und Kritischen Studierenden (LUKS), der Grünen Hochschulgruppe und der Juso-HSG. Bei den Wahlen im Semester konnten wir 3 von 20 Sitzen des studentischen Konventes für uns gewinnen und begleiten nun als Hochschulgruppe und mit dem Bündnis die Konventsarbeit. Gespannt dürfen wir auf den Bildungsstreik am 17.11. sein. Lässt sich bei ähnlicher Resonanz wie 2009 vielleicht wirklich etwas verändern? Wir glauben ja!

Beim Erstsemesterempfang fragte die Hochschulgruppe die Studierenden nach Peis und Größe ihrer Wohnungen. Ergebnis: In Erlangen zahlen Studierende zu viel für ihre Zimmer!

Bildungsstreik 2011
Weil sich nichts geändert hat

Groß war die Hoffnung beim Bildungsstreik 2009, dass sich das Bildungssystem in Deutschland endlich verbessert. Die von Wien ausgehende Protestbewegung brachte tausende Schüler_innen und Studierende in ganz Deutschland auf die Straße, besetzte Hörsäle beherrschten die Schlagzeilen. Die Palette der Forderungen von damals war groß: die Abschaffung der Studiengebühren, die Demokratisierung der Hochschulen und die Verbesserung der Lehre sowie die Überarbeitung der Bolognareform waren einige Punkte.

Trotz kleiner Erfolge hat sich besonders in Bayern nahezu nichts verändert. Bayern wird nach dem Regierungswechsel in Baden-Württemberg bald das einzige Bundesland ohne verfasste Studierendenschaft und mit Niedersachsen das einzige mit Studiengebühren sein. Mitbestimmung ist in Erlangen weder beim neuen Logo, noch bei den aktuellen Umstrukturierungsplänen möglich. Durch den doppelten Abiturjahrgang und den Wegfall der Wehrpflicht platzen die Universitäten aus allen Nähten, der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist besonders in Erlangen riesig.

Von Keno Kunkel
Vorsitzender der Juso-Hochschulgruppe Erlangen-Nürnberg

Ein Problem, das nicht überraschend kommt, sondern seit 9 Jahren vorhersehbar gewesen ist. Geholfen hat das allerdings nichts.

Genug Potenzial für einen weiteren Bildungsstreik! Weil auch in den anderen Bundesländern die Auswirkungen der Proteste von 2009 marginal blieben, streiken Schüler_innen und Studierende bundesweit am 17. November unter dem Motto „Für Solidarität und freie Bildung“. Das Bildungsstreikbündnis in Erlangen, indem auch die Juso-Hochschulgruppe beteiligt ist, ruft daher für den 17. November zu einer Großkundgebung um 13:30 Uhr auf dem Hugenottenplatz mit anschließender Fahrraddemo auf.

Linkes Forum in der SPD Mittelfranken – Jusos Mittelfranken – SPD-OV Leonhardt-Schweinau, Nürnberg

Andrea Ypsilanti kommt!

Herzliche Einladung zur Diskussionsveranstaltung

„Aufbruch oder Weiter so? – Aufgaben und Perspektiven sozialdemokratischer Politik“

mit Andrea Ypsilanti, SPD-MdL Hessen, Sprecherin des Instituts Solidarische Moderne

Samstag, 5. November, 14 bis 17 Uhr in Nürnberg, Villa Leon, Philipp-Körber-Weg 1

U-/S-Bahn-Haltestelle Rothenburger Straße (S1, U2, U3)

Kreisvorstand

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreisvorstandssitzung

am Donnerstag, den 17. November 2011, 20.00 Uhr in der Gaststätte Turnerbund, Spardorfer Straße 79

Als **Tagesordnung** schlagen wir vor:

1. Begrüßung/Aktuelles
2. Finanzen
3. VGN-Tarifgestaltung
4. Bundesparteitag 2011: Diskussion des Leitantrags zur Parteireform (siehe Seite 20)
5. Jahresplanung 2012
6. Berichte aus der Fraktion, aus den Gliederungen und aus Veranstaltungen
7. Anträge
8. Verschiedenes

Mit solidarischen Grüßen

Dieter Rosner
Vorsitzender

Dirk Goldenstein
stv. Vorsitzender

Sandra Radue
stv. Vorsitzende

Protokoll der Kreismitgliederversammlung vom 20. Oktober 2011

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
Dieter Rosner begrüßt die anwesenden GenossInnen und einen Gast. Die Tagesordnung liegt im Monatsspiegel schriftlich vor. Gegen sie gibt es keine Einwände.

2. Beschlussfassung zur Neuverteilung der Mitgliedsbeiträge zwischen Kreisverband und Distrikten
Im Zuge der Reform der Verteilung von Mitgliedsbeiträgen bekommen die Bezirke, Unterbezirke, Kreisverbände und Ortsvereine den Anteil an den Mitgliedsbeiträgen gekürzt. Durch die gleichzeitig erfolgte Anhebung der Beiträge bekommt der SPD-Kreisverband Erlangen jedoch insgesamt mehr Geld.

Dieter Rosner beantragt, dass die erfolgte Kürzung zwischen dem Kreisverband und den Distrikten gleichermaßen verteilt wird, d.h. dass der Anteil der Distrikte auf 3,25% (von ehemals 4%) rückwirkend zum 1. Januar 2011 gekürzt wird. Die KMV beschließt den Antrag.

3. Vor dem Parteitag: Der Leitantrag zur Parteireform
Der Leitantrag des Parteivorstands an den Bundesparteitag zur Parteireform liegt bei der KMV schriftlich vor. Philipp Dees erläutert den Genossinnen und Genossen genau dessen Inhalt und stellt die angestrebten Veränderungen vor.

Anschließend diskutiert die KMV angeregt. Viele an der Diskussion beteiligten GenossInnen kritisieren insbesondere die Gestaltung der letzten (Landes- und Bundes-)Parteitage, die ausführliche Diskussionen und Basisdemokratie über weite Strecken haben vermissen lassen. Es wird im allgemeinen bezweifelt, dass die Vorschläge des PV ausreichen, um die innerparteiliche Demokratie auszubauen. Deswegen wird vorgeschlagen, den Kreisvorstand zu beauftragen, bei der nächsten Sitzung im Sinne der Diskussion Änderungsanträge zu formulieren und bei Beschluss als Änderungsanträge zum Leitantrag beim Parteitag einzureichen. Das geplante Vorgehen findet keinen Widerspruch.

4. Anträge
Es liegen keine Anträge vor. Dieter Rosner berichtet, dass die bei der letzten KMV gefassten Beschlüsse fristgerecht als Anträge zum Bundesparteitag eingereicht wurden.

5. Berichte
Helmut Pfister berichtet von den Aktivitäten des Friedensbündnis in Hinsicht auf den zehn Jahre andauernden Krieg in Afghanistan. Eine Resolution zu dem Thema ist in Arbeit.

Am Sonntag den 23. Oktober ist das Ratsbegehren zu G6. Elena Geck bittet um Teilnahme am Infostand am Samstag davor. Per Rundmail sollen alle Genossinnen und Genossen an die Abstimmung erinnert werden

6. Verschiedenes
- 21. Oktober, 17:30 Uhr: Führung durch die neue Ausstellung im Kunstpalais
- 23. Oktober, 18:00 Uhr: Fiesta für San Carlos/Jubiläum 10 Jahre Agendabeirat
- 26. Oktober, 18:15 Uhr: Veranstaltung der Juso-Hochschulgruppe – Vorstellung der Studie „Drucksache ‚Bild' – eine Marke und ihre Mägde" durch den Mit-Autor Wolfgang Storz
- 1. November: Veranstaltung der Initiative „Atomausstieg jetzt" zur Energiewende mit Jochen Stay (im Treffpunkt im Röthelheimpark)
- 2. November, 20:15 Uhr: Jahreshauptversammlung der Jusos Erlangen – Gaststätte Orpheus (Nebenraum)
- 5. November, 14:00 Uhr: Diskussionsveranstaltung mit Andrea Ypsilanti – Villa Leon (Nürnberg)
- 17. November: Bildungsstreik (13:30 Demo)

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr seid herzlich eingeladen zum nächsten Treffen der

Projektgruppe „Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen" am Mittwoch, 16. November um 20 Uhr im August-Bebel-Haus

Bei diesem Treffen wollen wir eine Bilanz unserer bisherigen Diskussion ziehen und planen, wie wir die Arbeit der nächsten Zeit strukturieren. Dazu wird es eine schriftliche Vorlage geben, die ihr per Mail von Dieter Rosner (dieter.rosner@fen-net.de) bekommen könnt.

Linkes Forum in der SPD Erlangen

Wir laden alle interessierten Genossinnen und Genossen ein zum

Diskussionsabend am Freitag, 25. November, 20 Uhr im Nebenzimmer der Gaststätte „Orpheus", Luitpoldstr. 25

Themen:
- Aktuelles (u.a. Bundesparteitag, „Euro-Krise")
- „From conflict and crisis to renewal: generations of change" – UNFPA-Report 2010 zu Frauen und Krieg und Gewalt (siehe http://www.who.int/pmnch/media/membernews/2011/2010_unfpa_worldpopulation/en/index.html) Vorstellung durch AsF-Vertreterinnen und Diskussion.
Aus dem Vorwort: „Women rarely wage war, but they too often suffer the worst of its consequences. Gender-based violence, including rape, is a repugnant and increasingly familiar weapon of war. The immediate toll it takes extends far beyond its direct victims, insidiously tearing apart families and shattering societies for generations to come."

Hildegard Gröger, Helmut Pfister

Mittelfranken SPD

Mittelfranken vorwärts:

2|2011 www.spd-mittelfranken.de

KLAR TEXT

Liebe Leserinnen und Leser,
in den nächsten Wochen und Monaten stehen wichtige Entscheidungen an. Die SPD steht bereit – mit guten Konzepten für Bayern und den Bund.

Europa braucht Solidarität
Die SPD hat verschiedenste Vorschläge zur Finanzstabilität in Europa eingebracht. Die Zügelung der Finanzmärkte ist dabei das wichtigste Ziel. Diejenigen, die zu den Verursachern der Krise gehören, müssen an der Bewältigung der Krise beteiligt werden, um Mittel für die Länder zu generieren, die aus eigener Kraft keine Chance haben, wirtschaftlich wieder auf die Beine zu kommen.

Bayerns Zukunft bei der SPD in guten Händen
Beim kleinen Landesparteitag in Treuchtlingen haben wir unsere Vorstellungen für eine bessere Frauenpolitik, für die Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben, für mehr Frauen in Führungsetagen, für faire Arbeitsbedingungen, mehr Verantwortung in der Wirtschaft sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf formuliert.

Außerdem legt die SPD nicht nur Vorstellungen für einer bessere und wohnortnahe Gesundheitsversorgung vor, sondern auch ein Konzept zur Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung. Auch bei diesen Themenbereichen versagen CSU/CDU und FDP.

Mit einer Spitzenkandidatur von Christian Ude bei der nächsten Landtagswahl können wir in Bayern einen echten Politikwechsel schaffen. Nutzen wir diese Chance und arbeiten wir gemeinsam darauf hin!

Ihre/Eure

Christa Naaß

Christa Naaß, MdL
Vorsitzende der MittelfrankenSPD

Jugendliches Engagement für Demokratie gewürdigt

SPD verlieh in Erlangen den Karl-Heinz-Hiersemann-Preis

(cn) Zum sechsten Mal verlieh Ende September die MittelfrankenSPD zusammen mit dem Kreisverband Erlangen den Karl-Heinz-Hiersemann-Preis an engagierte mittelfränkische Jugendliche, die sich um friedliche Verständigung zwischen den Völkern, für eine lebendige Demokratie sowie gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit besonders verdient gemacht haben.

„Es tut gut zu wissen, dass es viele Jugendliche gibt, die ein positives Beispiel darstellen, Zivilcourage zeigen, mobil machen gegen Intoleranz und Fremdenhass, gegen Gewalt“, betonte Christa Naaß, Vorsitzende der MittelfrankenSPD, in ihrer Begrüßungsrede.

Auch Natascha Kohnen, Generalsekretärin der BayernSPD, appellierte in ihrer Festrede an die Preisträger und Gäste, nicht aufzuhören, die Demokratie zu gestalten und gegen jene zu kämpfen, die sie ablehnten. „Wir brauchen eine Kultur des demokratischen Entscheidens!“, betonte sie. „Diese jungen Menschen müssen spüren, dass wir dieses Engagement sehr schätzen, sehr brauchen und unterstützen.“

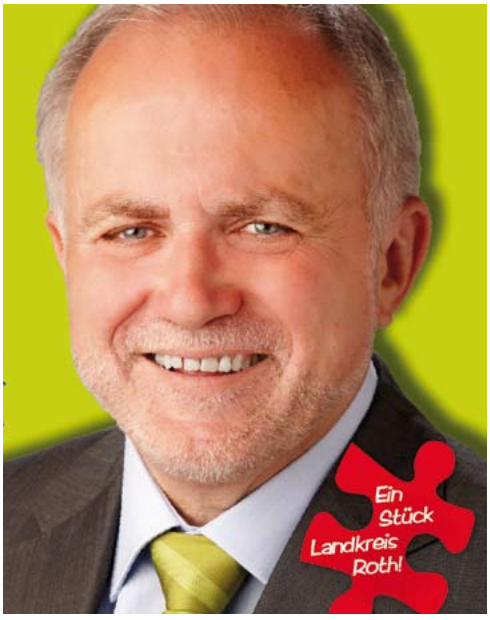
Besonders verdient gemacht haben sich in dieser Richtung nach Überzeugung der Jury die Cumiana-Gruppe des Erlanger Ohm-Gymnasiums für ihre Aktivitäten innerhalb der Städtepartnerschaft Erlangen und Cumiana, das Hardenberg-Gymnasium Fürth (im Bild) mit dem Projekt „Groß hilft Klein“ zur Integration von Grundschülerinnen und Grundschülern mit Migrationshintergrund sowie das Sigmund-Schuckert-Gymnasium Nürnberg für Texte über das Schicksal von Angehörigen in der Zeit des Nationalsozialismus, im Zweiten Weltkrieg und den anschließenden Wirren mit Flucht und Vertreibung. Die Preise sind jeweils mit 400 Euro dotiert. Der Sonderpreis der SPD Erlangen in Höhe von 300 Euro ging an die Initiative Jugendhaus Erlangen für die Ausstellungs- und Vortragsreihe „Pueblo en Armas – Bürgerkrieg und Revolution in Spanien 1936 – 1939“ (*Ausführliche Darstellung der geehrten Gruppen unter spd-mittelfranken.de*).

Herbert Eckstein bleibt Landrat in Roth

(pd) Einen überragenden Wahlsieg konnte Landrat Herbert Eckstein bei der Wahl Ende September feiern: Die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Roth bestätigten ihn mit über 76 Prozent der Stimmen im Amt. Der 55-jährige ist bereits seit 1993 Landrat in Roth.

Eckstein erklärte, das „überragende Ergebnis“ mache ihn „glücklich und stolz“. Er wolle sich auch weiterhin mit ganzer Kraft und voller Leidenschaft für den Landkreis und seine Menschen einsetzen. Und er verspreche „bürgernahe, verlässliche, durchschaubare und ehrliche Politik.“ Er bleibe ein Landrat für alle.

Glückwünsche erreichten Herbert Eckstein unter anderem von Uwe Döbler, der am 20. November als Landrat für Weißenburg-Gunzenhausen kandidiert (*Seite 4*).



Kinder brauchen Familie und „das ganze Dorf“

(mr) Die veränderte Lebenswelt von Kindern stand im Mittelpunkt des 8. Fachsymposiums des Landkreis Fürth. Marlene Rupprecht (links im Bild) erhielt dabei Unterstützung für ihr Bekenntnis zum „Aufwachsen in öffentlicher Ver-

antwortung“ vom Kinder- und Jugendforscher Prof. Klaus Hurrelmann (im Bild rechts). Er kritisierte, dass es in Deutschland nach wie vor eine sehr familienfixierte Wohlfahrtspolitik gebe, die schon im Kindesalter zu einer klaren Spaltung führe: „Kinder spüren, zu welcher Gruppe der Gesellschaft sie gehören.“

Rupprecht und Hurrelmann waren sich einig, dass der Zusammenhang zwischen hochwertigem Freizeitangebot in der Familie und dem Bildungserfolg der Kinder aufgebrochen werden müsse. Getreu dem afrikanischen Sprichwort „Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind zu erziehen“ müsse mehr Wert auf eine anreichernde Lebenswelt von Kindern außerhalb des eigenen Elternhauses gelegt werden.

Frauenpolitik ist die Investition in unsere Zukunft

(kw) Bei einem Besuch in Norwegen trafen die Schweinfurter Europaabgeordnete Kerstin Westphal (im Bild Zweite von rechts) und ihre Kollegin Constanze Krehl (links) unter anderem den norwegischen Minister für Kinder, Gleichstellung und soziale Inklusion Audun Lysbakken und

die Vorsitzende des Ausschusses für Familie und Kinder des norwegischen Parlaments, Gunn Karin Gjul. Sie informierten sich dort über die erfolgreiche norwegische Gleichstellungspolitik.

„Seit Jahrzehnten gibt es in Norwegen eine politische und vor allem auch gesellschaftliche Debatte für mehr Gleichstellung“, berichtet Kerstin Westphal: „Ich kann dem norwegischen Minister Audun Lysbakken nur zustimmen: Diese Frauenpolitik bedeutet wahre Investitionen für unsere Zukunft.“

Neben dem stetigen Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen, anderen Arbeitszeiten und Arbeitsmodellen sei die Einführung von Führungsquoten besonders wichtig. „Die Einführung von Führungsquoten für Frauen, die bei Nichteinhaltung bis zur Schließung des Unternehmens führen können, brach Mauern für Frauen auf“, erklärt Kerstin Westphal. Während in Deutschland Frauen in Vorständen, Aufsichtsräten, als Professorinnen und in Leitungsfunktionen der Verwaltung immer noch höchst selten sind, sind Frauen in Norwegen an der Spitze angekommen. „Deshalb müssen wir endlich dem norwegischen Beispiel folgen“, sagt Kerstin Westphal.

Bayerisch-Tschechische Schienenwege

(mb) Bei einem Treffen im Rahmen der Delegationsreise von neun bayerischen Bundestagsabgeordneten nach Pilsen und Prag wurde deutlich, dass bei grenzüberschreitenden Verkehrsprojekten noch großer Nachholbedarf besteht „20 Jahre nach der Wende existiert bei der Infrastruktur immer noch der Eiserne Vorhang zwischen Bayern und Tschechien“, so Ivo Toman, stellvertretender Verkehrsminister von Tschechien. Und Landesgruppenvorsitzender Martin Burkert ergänzt: „Vor allem die Schienenwege zwischen beiden Ländern sind dringend verbesserungswürdig.“

Irritiert war Burkert darüber, im Tschechischen Verkehrsministerium erfahren zu müssen, dass die Bundesregierung die Elektrifizierung der Bahnstrecke Nürnberg-Marktredwitz in der Dringlichkeit zurückgestuft hat. „Dies bedeutet das Aus des Vorhabens, da Tschechien nun die Elektrifizierung bis Eger auf Eis gelegt hat“, erläutert Burkert. „Das ist ein harter Schlag für Ostbayern und für die Metropolregion Nürnberg“, so Burkert.

Innenminister bestätigt Kritik am schlechten Zustand der Staatsstraßen

(tb) In einer detaillierten Ausarbeitung haben die SPD-Landtagsfraktion und ihr verkehrspolitische Sprecher Dr. Thomas Beyer die Projekte aufgelistet, die nach dem Willen der Staatsregierung nicht im Ausbauplan für die Staatsstraßen in Bayern in den nächsten 10 Jahren verwirklicht werden sollen, obwohl vor Ort, etwa bei Ortsumgehungen oder durch einen verheerenden Zustand der Fahrbahndecke, höchste Dringlichkeit für einen Aus- bzw. Neubau besteht.

In einem Brief an die Fraktion bestätigt nun Innenminister Herrmann nicht nur die Berechtigung der SPD-Forderungen, sondern auch die massive Kritik der SPD am heruntergewirtschafteten Straßennetz des Freistaates. Mehr Geld für das Staatsstraßennetz mag der Minister aber bei aller Übereinstimmung mit der SPD nicht versprechen. Freilich setzt er seine Hoffnung auf die Unterstützung der SPD bei den Haushaltsberatungen. Beyer will die erbetene Unterstützung gerne leisten.

Afrika&Europa: Kontinente voller Gegensätze?“

(gg) So lautete das Motto der diesjährigen Sommerakademie von Günter Gloser Anfang August. 25 Nürnberger Schüler/innen zwischen 14 und 25 Jahren gingen trotz Sommerferien höchst engagiert ans Werk und meisterten die anspruchsvolle Aufgabenstellung. Im Mittelpunkt

standen Themen wie „Migration & Flucht“, „DESERTEC: Strom aus der Wüste“ und „Arabische Revolutionen“.

Die Jugendlichen diskutierten eifrig, befragten Experten, z.B. im Bundesamt für Migration oder bei den NN, und erarbeiteten eigenständig Lösungsansätze. Bei einer abschließenden Präsentation im Nürnberger Rathaus stellten sie ihre interessanten Ergebnisse vor, die auch in die politische Arbeit Günter Glosers Eingang finden werden.

Mittelfranken für die Zukunft stärken

SPD-Regionalkonferenz zur wirtschaftlichen Entwicklung Mittelfrankens

(cn) Auf einer Konferenz in Treuchtlingen haben die mittelfränkischen Landtagsabgeordneten gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden Markus Rinderspacher und der Sprecherin der Landtagsfraktion für den ländlichen Raum, Annette Karl, vorgestellt, wie die wirtschaftliche Entwicklung auch in Mittelfranken ausgewogen gestaltet und die Region zukunftsfähig gemacht werden kann.

Markus Rinderspacher betonte dabei, dass eine starke gemeindliche Selbstverwaltung und die Gewährleistung von Grundstandards ein wesentlicher Beitrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen sei. Notwendig sei auch, eine leistungsfähige Infrastruktur bereitzustellen.

Annette Karl erläuterte, ein neues Landesentwicklungsprogramm mit einem vernünftigen Konzept sei unerlässlich, um vor allem dem Problem des Bevölkerungsrückgangs im ländlichen Raum entgegen zu wirken. Gleiche Bildungschancen, zum Beispiel durch die Gemeinschaftsschule, seien eines der wirkungsvollsten Mittel gegen Armut und für die Weiterentwicklung strukturschwacher Räume.

Dr. Thomas Beyer führte aus, Mittelfranken sei eine Industrieregion mit zahlreichen Weltmarktführern. Um diese Position Mittelfrankens auszubauen, sei unter anderem eine Clusterbildung im Sozialbereich zur Sicherung der Arbeitsplätze und die Ansiedlung einer Technischen Universität mit Kurzstudiengängen erforderlich.

Christa Naaß betonte zum Abschluss der Veranstaltung, die SPD werde für die Umsetzung der beschriebenen Positionen kämpfen: „Wir werden für Mittelfranken eine gute Zukunft schaffen."

Das Positionspapier ist im Büro von Christa Naaß (Telefon 09831-612996, christa.naass@bayernspd-landtag.de) erhältlich.

Statt Eingliederungshilfe nach Kassenlage Qualitätssicherung und Inklusion!

(gn) Mehrere hundert behinderte Menschen haben im Juli zusammen mit den sozialen Trägerverbänden bei der Sommersitzung des mittelfränkischen Bezirkstages in Ansbach demonstriert. Anlass dafür war eine umfangreiche Kürzungsliste, die der CSU-Bezirkstagspräsident und die Verwaltung vorgelegt hatten. Schwerpunkt war die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung.

„Die Sicherung der Qualität der Eingliederungshilfe muss oberste Priorität haben." Mit diesem Satz brachte Fraktionsvorsitzender Fritz Körber in der Sitzung die Position der SPD-Bezirkstagsfraktion auf den Punkt. Vorausgegangen waren zahlreiche Gespräche der SPD-Bezirksräte mit Betroffenen, Sozialverbänden und kommunalen Mandatsträgern. Der gemeinsame Protest vor dem Bezirksrathaus und im Bezirkstag führte letztendlich dazu, dass massive Einschnitte vorerst verhindert werden konnten.

Im Dezember beim Haushaltsbeschluss 2012 wird sich zeigen, ob dies Bestand hat. Es kommt also weiterhin auf aktives bürgerschaftliches Engagement und klare Positionen an.

Der Fraktion ist bewusst, dass der Bezirk nicht immer einfach weiter die Umlage zu Lasten der Kommunen erhöhen kann. Daher fordert sie nachdrücklich eine Erhöhung des kommunalen Finanzausgleichs durch den Freistaat ein. Aber auch der Bezirk muss seine „Hausaufgaben" machen, die Wirksamkeit der eingesetzten Mittel im Rahmen eines Qualitätsmanagements prüfen und eine systematische Sozialplanung betreiben. Damit kann die Qualität im Sozialbereich gesichert und die Aufgabe der Inklusion gemeistert werden. Entsprechende Anträge hat die Bezirkstagsfraktion bereits vor der Sommerpause eingebracht.

Weitere Informationen:
www.spd-bezirkstag.de

SPD Mittelfranken besuchte Maschinenbauschule Ansbach

(cn) Der Neubau der am 18. Februar diesen Jahres eingeweihten Maschinenbauschule Ansbach war das Ziel eines Besuchs des SPD-Bezirksvorstands mit der Vorsitzenden Christa Naaß sowie von Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen.

Bernhard Amend, Direktor der Bezirksverwaltung, der kurzfristig für den verhinderten Bezirkstagspräsidenten Richard

Bartsch einsprang, und Schulleiter Jürgen Effinger hoben die große Bedeutung des Schulangebots des Bezirks für die Region hervor. Der Bezirk Mittelfranken ist mit ca. 1.200 Auszubildenden der größte Ausbilder der Region, erfuhren die Gäste.

Bereits 1899 wurde die Maschinenbauschule in Ansbach gegründet. Seit 1947 ist der Bezirk Mittelfranken Träger dieser Bildungseinrichtung, die aus einer Berufsfachschule für Maschinenbau, einer Fachschule für Maschinenbautechnik und der Fachakademie für Medizintechnik besteht. Dass an allen drei Schulen hervorragend ausgebildet wird zeigt sich daran, dass nach einem erfolgreichen Abschluss problemlos ein Arbeitsplatz gefunden wird.

Dem vom Kommunalen Prüfungsverband in die Diskussion gebrachten Vorschlag, künftig Schulgeld zu erheben, kann die MittelfrankenSPD nichts abgewinnen. „Bereits bei der Einführung des Büchergeldes vor einigen Jahren hatte man die Erfahrung gemacht, dass der Verwaltungsaufwand in keinem Verhältnis zum Ertrag steht", erinnerte Christa Naaß. „Außerdem würde Schulgeld die finanzielle Lage vieler Schüler verschärfen. Unter dem Gesichtspunkt von Bildungsgerechtigkeit spricht sich die SPD gegen ein Schulgeld aus."

Dass die Maschinenbauschule gut für die Zukunft gerüstet ist, konnten die Gäste auch bei der Besichtigung der Werkstätten, der Schweißerei und der CNC-Unterrichtsräume erkennen. Bezirksrätin Elke Held und Stadtrat Michael Gowin hoben hervor, dass die Maschinenbauschule Ansbach einen wichtiger Baustein für die Wirtschaft in der Region darstelle.

Jusos Mittelfranken besuchten ihre GenossInnen in Danzig

(vs) Im August besuchte eine Delegation von sieben Jusos unter Leitung ihres Vorsitzenden Victor Strogies ihre Schwesterorganisation FMS in der Region Danzig. Neben Ausflügen nach Marienburg und Gdynia besuchten sie mit ihren GenossInnen die Westerplatte. Dort begann der deutsche Überfall auf Polen und damit der 2. Weltkrieg.

Spannend waren die gemeinsamen Diskussionen. Schwerpunktmäßig sprachen sie über die SLD und SPD, den Feminismus und das Sozialsystem. Das polnische Abtreibungsgesetz ist sehr rigide. Die ideale „polnische Mutter“ soll nach wie vor nicht arbeiten und sich ausschließlich um die Kinder kümmern. Der Durchschnittsverdienst liegt bei ungefähr 800 Euro. Die Studiengebühren und Preise für Lebensmittel sind aber so hoch wie bei uns. Die Arbeitslosenquote liegt bei knapp 13 Prozent, wobei viele Polen im Ausland arbeiten. Die SLD liegt in den Umfragen bei ungefähr 12 Prozent und hat damit maximal die Chance, als Juniorpartner einer konservativen Partei im Oktober an die Regierung zu kommen, wobei unsere GenossInnen sehr skeptisch gegenüber einem Bündnis mit der Bürgerplattform von Ministerpräsident Tusk eingestellt waren. Darüber hinaus gab es viele persönliche Gespräche und herzliche Gastfreundschaft. Nächstes Jahr wollen die GenossInnen Mittelfranken besuchen.

Georgensgmünd steht auf Schwarz

(se) Der neue Bürgermeister von Georgensgmünd im Landkreis Roth heißt Ben Schwarz (im Bild links mit Landrat Herbert Eckstein).Er wurde bei seiner Kandidatur aber nicht nur von den hiesigen Sozialdemokraten unterstützt: Auch die CSU nominierte den 35-jährigen gebürtigen „Gmünder“ einstimmig als Kandidaten für den Rathaussessel. Eine Besonderheit, die landeweit ihresgleichen sucht und auch überregionale Medien auf den „Wahlkampf“ aufmerksam machte. Möglich wurde diese Übereinkunft auch dank Schwarz‘ besonnenem und sachlichem Politikstil, der ihm schon in der Vergangenheit parteiübergreifend große Sympathien einbrachte.

Uwe Döbler soll Landrat in Weißenburg-Gunzenhausen werden

(cn/pd) Für die Landratswahl in Weißenburg-Gunzenhausen hat die SPD Uwe Döbler, den Vorsitzenden der Kreistagsfraktion, nominiert (im Bild mit der Kreisvorsitzenden Christa Naaß und den stellvertretenden Vorsitzenden Ute Grimm, links, und Harald Dösel, rechts). Döbler hatte bereits bei der Landratswahl 2008 kandidiert und mit 47 Prozent ein gutes Ergebnis erzielt.

Uwe Döbler erklärte bei seiner Nominierung, er wolle „mit großem Einsatz die für den Landkreis wichtigen Themen weiterentwickeln und voranbringen.“ In diesem Zusammenhang nannte er wirtschafts-, sozial- und bildungspolitische Themen, die Weiterentwicklung der Tourismus-Region Altmühlfranken, aber vor allem auch umwelt- und energiepolitisches Engagement als seine Schwerpunkte. Im zuletzt genannten Bereich hatte sich Döbler in der Vergangenheit stark für den Atomausstieg und die Chancen des Landkreises als Standort für erneuerbare Energien eingesetzt.

Uwe Döbler legt auch Wert auf den Dialog mit den Bürgern und hat sich vorgenommen, diese von Anfang an aktiv zu beteiligen – deshalb konnten auch Nicht-Mitglieder bei der Aufstellungskonferenz mitdiskutieren.

Impressum
Der MittelfrankenVorwärts wird zwei- bis dreimal jährlich von der MittelfrankenSPD, Karl-Bröger-Straße 9, 90459 Nürnberg herausgegeben.
Kontakt: vorwaerts@spd-mittelfranken.de
Chefredaktion und Layout: Philipp Dees (pd, V.i.S.d.P., Anschrift wie oben)
Redaktion: Michael Bischoff (mb), Angelika Roth (ar)
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Dr. Thomas Beyer (tb), Martin Burkert (mb), Sven Erhard (se), Günter Gloser (gg), Christa Naaß (cn), Gisela Niclas (gn), Marlene Rupprecht (mr), Victor Strogies (vs), Paul Vath (pv), Kerstin Westphal (kw)
Vertrieb: MittelfrankenSPD
Druck: City-Druck Nürnberg

Rother SPD ehrt jugendliches Engagement

Bild: Christoph Raithel

(se) Junge Gesichter durch die Bank – die erstmalige Verleihung des „Hans Weiß-Jugendpreises“ zum Gedenken an den im letzten Jahr verstorbenen Rother SPD-Altbürgermeister war ein voller Erfolg. Die Sprecherin der SPD-Kreistagfraktion Christine Rodarius (2. von links), der stellvertretende Kreisvorsitzende Sven Ehrhardt (links) sowie die Witwe des Altbürgermeisters, Monika Weiß (3. von rechts), konnten rund ein Dutzend der vorgeschlagenen Jugendgruppen zur Preisverleihung begrüßen. Der erste „Hans-Weiß-Jugendpreis“ blieb dabei in der Kreisstadt: Pünktlich zum 10-jährigen Bestehen würdigten die Sozialdemokraten die „Erfolgsgeschichte“ der Rother Stadtjugendkappelle, die neben einer vorbildlichen Jugendarbeit auch mit Konzertreisen bis ins Ausland glänzen kann. Landrat Herbert Eckstein erinnerte an die Verdienste des beliebten Altbürgermeisters Weiß, der mit Einrichtungen wie einem stadteigenen Jugendhaus immer auch ein Herz für die Belange der jüngsten Stadtbewohner hatte.

ASG sucht Kooperationspartner

(pv) Die Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) Mittelfranken plant für die Jahre 2012 und das Wahljahr 2013 zahlreiche Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen im Bereich Gesundheitspolitik in Mittelfranken und sucht Ortsvereine, Kreisverbände oder Unterbezirke als Mitveranstalter.

Die Veranstaltungen werden von der ASG Mittelfranken vorbereitet, Termine, Themen und Referenten werden mit den interessierten Ortsvereinen, Kreisverbänden oder Unterbezirken abgesprochen. Der Ortsverein, Kreisverband oder Unterbezirk kann den Veranstaltungsort jeweils selbstständig festlegen.

Nehmen Sie Kontakt mit uns auf!
ASG in der SPD Mittelfranken
c/o Paul Vath
Wichernstraße 1
90574 Roßtal
email: p.vath@awo-roth-schwabach.de

Protokoll der Kreismitgliederversammlung vom 22. September 2011

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
Sandra Radue begrüßt alle anwesenden GenossInnen. Die als Referentin angefragte Sigrid Skarpelis-Sperk konnte nicht kommen.

2. Finanzmarktkapitalismus und Verschuldungskrise
Helmut Pfister und Philipp Dees haben kurze Referate zum Hauptthema erarbeitet. Zunächst stellt Helmut Hintergründe und Fakten der Finanzmarkt- und Verschuldungskrise dar. Philipp geht anschließend näher auf die Punkte „Griechenland", Ratingagenturen und Populismus ein. Danach diskutiert die KMV die Themen.

3. Anträge
Als Anträge liegen die beiden Anträge „Die nächste „Eurokrise" verhindern!" und „Finanzmärkte re-regulieren!" vor. Diese wurde zwar von der KMV bereits am 22. Juli 2010 beschlossen, kamen aber nicht beim Bundesparteitag an. Aus aktuellem Anlass stehe sie erneut zur Abstimmung.

- „Die nächste ‚Eurokrise' verhindern!" Helmut Pfister stellt folgenden Änderungsantrag: Im zweiten Satz sollen die Worte ab „dabei weniger" bis „sondern" gestrichen werden und die Grammatik angepasst werden. Der Änderungsantrag wird übernommen und der Antrag einstimmig von der KMV beschlossen. Der Beschluss soll an das EP und den Bundestag und als Antrag an den SPD-Bundesparteitag weitergeleitet werden.
- „Finanzmärkte re-regulieren!" Helmut Pfister stellt folgenden Änderungsantrag: Der zweite Satz soll bis „deren Regierungen" gestrichen und die Grammatik angepasst werden. Der Änderungsantrag wird übernommen und der Antrag einstimmig von der KMV beschlossen. Der Beschluss soll an das EP und den Bundestag und als Antrag an den SPD-Bundesparteitag weitergeleitet werden.

4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
Rolf Schowalter weist auf den Bürgerentscheid zum „G6" und auf die Homepage www.erlangen-gegen-G6.de hin. Es erfolgt eine kurze Diskussion zum aktuellen Stand der Dinge.

5. Berichte/Verschiedenes
Hinweise auf die Karl-Heinz-Hiersemann-Preisverleihung, die Veranstaltung mit Uli Maly am 14. Oktober und die Geburtstagsempfänge für Norbert Schulz (29. September) und Helmut Pfister (14. Oktober). Die Sammlung für San Carlos ergab 28,50 Euro.

Probleme der Landesbank dürfen nicht auf die GBW-Mieter abgewälzt werden!

Der Freistaat muss die Wohnungen der GWB AG als bezahlbaren Wohnraum auf Dauer sichern

Von Angelika Weikert MdL
Betreuungsabgeordnete für den Stimmkreis Erlangen

Die Bayerische Landesbank muss sich aufgrund ihrer großen finanziellen Probleme von ihrer „Tochter" GBW und damit von 34.000 Mietwohnungen trennen. Unser Großraum ist mit 5.500 Wohnungen betroffen, rund 2.300 davon sind in Erlangen. Erst vor zwei Jahren hatte die GWB in Erlangen 690 ehemalige Siemens-Wohnungen aufgekauft.

Bisher garantierte die GBW ihren Mietern in Nürnberg und Erlangen preiswerten Wohnraum, ein Drittel davon in Form von Sozialwohnungen. Nun aber haben die Bewohner wieder Grund, um ihre Heime zu bangen, weil diese zum Spekulationsobjekt werden könnten. Es kann aber nicht sein, dass die Landesbank Kasse macht und am Ende die Mieter die Dummen sind!

Wir als SPD-Landtagsfraktion setzen uns deshalb dafür ein, dass der Freistaat den Mieterinnen und Mietern sozialen MieterInnenschutz garantiert. Das heißt, Bayern als der Hauptanteilseigner der Bayerischen Landesbank muss dafür Sorge tragen, dass die Mieterinnen und Mieter der GBW-Wohnungen bei einem Verkauf der Wohnungen geschützt sind. Die SPD-Landtagsfraktion hatte dies bereits 2009 gefordert. Die Staatsregierung hat es damals aber nicht für nötig erachtet, irgendwie tätig zu werden. Ganz im Gegenteil: Die Staatsregierung hat seit 2009 alle Initiativen der SPD zum Mieterschutz abgeblockt.

Mit einem Dringlichkeitsantrag wurden wir am 20. Oktober erneut aktiv. Wir haben die Staatsregierung aufgefordert, nunmehr endlich tätig zu werden und alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, damit bei der Veräußerung von Wohnungsbeständen der GBW AG soziale Kriterien eingehalten werden.

Die Tatsache, dass der Verkauf nötig wurde, ist schlimm genug und letztlich dem fahrlässigen Gezocke von CSU-Vertretern geschuldet. Allerspätestens jetzt aber müssen die Interessen der Mieterinnen und Mieter geschützt werden.

Die dramatischen Folgen der verfehlten Geschäftspolitik der bayerischen Landesbank, die dem Steuerzahler schon jetzt stündlich ca. 40.000 Euro kosten, dürfen nicht die Schwächsten – hier nämlich die Mieterinnen und Mieter in den Sozialwohnungen – treffen. Dies zu verhindern ist die Mindestaufgabe von Politik, auch der Landespolitik in Bayern.

Und was machen bei all dem die Verantwortlichen der CSU? Fast schon rührend in ihrer Hilflosigkeit sind in diesem Zusammenhang die Hinweise des Finanzministers Georg Fahrenschon. Er verweist lediglich auf die Leitlinien der GBW mit „selbstverpflichtendem Charakter" und auf (bundes-)„gesetzliche Regelungen zum Mieterschutz".

Schalterzeiten in Reisezentren bis 2013 gesichert

Von Marlene Rupprecht MdB
Betreuungsabgeordnete für den Wahlkreis Erlangen

Liebe Genossinnen und Genossen,
viele Bürgerinnen und Bürger meines Wahlkreises Fürth und meines Betreuungswahlkreises Erlangen haben sich an mich gewandt, weil sie sich Sorgen machen, dass die von der Deutschen Bahn AG bis 2016 vorgesehene Streichung von bundesweit 700 Stellen in ihren 400 Reisezentren auch zu Lasten der Öffnungszeiten in den Reisezentren vor Ort geht, was die Wartezeit verlängern und die Beratungsqualität deutlich beeinträchtigen würde.

Ich habe mich deshalb an den bayerischen DB-Konzernbevollmächtigen Klaus-Dieter Josel gewandt. Immerhin konnte ich von ihm die Zusicherung erreichen, dass die Öffnungszeiten in Fürth und Erlangen durch die geplanten Maßnahmen nicht geändert werden und die Servicequalität im Reisezentrum am Bahnhof Erlangen in vollem Umfang erhalten bleibt.

Ich hatte darauf verwiesen, dass die Mindestöffnungszeiten von wöchentlich 60 Stunden auch von den einschlägigen Festlegungen über die Bestellungen im regionalen Schienenverkehr zwischen der DB Regio AG und dem Freistaat Bayern beeinflusst werden. Dies bestätigte der Konzernbevollmächtigte. Die im Verkehrsdurchführungsvertrag zwischen der DB Regio AG und dem Freistaat Bayern für beide Reisezentren festgelegten Mindestöffnungszeiten „werden auch zukünftig von der DB Vertrieb vor Ort eingehalten und sind vertraglich bis 2013 gebunden."

Auch wenn man die sich ändernden Fahrkartenkaufgewohnheiten der Bahn-Kunden berücksichtigen muss, ist und bleibt die Beratung und Bedienung am Schalter in unseren Großstädten Erlangen, Fürth und Nürnberg zwingend notwendig.

Um ein Angebot für Menschen zu erhalten, die nicht auf Internet und Automaten umsteigen können oder wollen, muss die Bahn AG auch unabhängig vom Fahrkartenumsatz ein Grundangebot aufrechterhalten. Ich werde deshalb meinen Einfluss geltend machen, dass auch der zukünftige Verkehrsdurchführungsvertrag dies für die Zeit nach 2013 garantiert.

Mit herzlichen Grüßen
Eure Marlene Rupprecht, MdB

Die Frauenquote muss kommen!

Zum Treffen der Personalvorstände der 30 Dax-Konzerne mit Familienministerin Schröder, Arbeitsministerin von der Leyen, Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger und Wirtschaftsminister Rösler erklären die Generalsekretärin der BayernSPD Natascha Kohnen und die SPD-Europaabgeordnete Kerstin Westphal:

Natascha Kohnen: „In Berlin wurde heute viel heiße Luft produziert. Für die neun Dax-Unternehmen in Bayern bleibt alles beim Alten: Frauen haben in Führungspositionen kaum eine Chance. Nur drei Prozent aller Aufsichtsratsmitglieder der börsennotierten Unternehmen in Bayern sind weiblich. Damit sich das ändert bedarf es verbindlicher Regeln. Die BayernSPD will deshalb am Samstag auf ihrem kleinen Parteitag in Treuchtlingen eine Mindestquote von 40 Prozent Frauen in den Vorständen und Aufsichtsräten beschließen.

Schließlich zeigt sich, dass Unternehmen mit gemischten Führungsteams auch wirtschaftlich erfolgreicher sind. So erwirtschaften Firmen, bei denen mehr als drei Frauen im Vorstand sitzen, eine bis zu 53 Prozent höhere Eigenkapitalrendite.

Die Einführung einer Frauenquote darf sich allerdings nicht nur auf die Spitzenpositionen in der Wirtschaft beschränken. Auch im Öffentlichen Dienst und der Wissenschaft besteht erheblicher Nachholbedarf. So sind im Öffentlichen Dienst nur 23 Prozent der Führungspositionen mit Frauen besetzt. Und obwohl die Hälfte der Studierenden weiblich ist, liegt der Anteil der Professorinnen bei 14,5 Prozent."

Kerstin Westphal: „Die Bundesregierung zeigt, dass sie mal wieder nicht handeln kann. Wir haben als Europäisches Parlament schon längst eine verbindliche Quote gefordert. Unsere Forderungen kommen auch in der Kommission an. So will die Justizkommissarin Reding ebenfalls kein Abwarten mehr, sondern endlich ein Durchgreifen – dann auch mit harten Sanktionen.

Wenn Schröder, Rösler und Co. nicht können, wird die EU die Gleichstellung in Deutschland voranbringen. Andere Mitgliedstaaten, wie Frankreich, die Niederlande und Spanien, in denen verbindliche Frauenquoten für die Führungsgremien von Unternehmen festgelegt wurden, haben schon längst gehandelt und sind ein Vorbild. Ich selbst hab mich gerade zudem auch in Norwegen von den Erfolgen fortschrittlicher Frauen- und Gleichstellungspolitik überzeugen können. Diese Fortschritte brauchen wir in Bayern, Deutschland und ganz Europa!"

Von Kerstin Westphal MdEP
Europaabgeordnete für Franken

Gemeinsam mit ihrer Kollegin Constanze Krehl (links) informierte sich Kerstin Westphal (Zweite von rechts) in Norwegen über die dortige erfolgreiche Gleichstellungspolitik und traf dabei den norwegischen Minister für Kinder, Gleichstellung und soziale Inklusion Audun Lysbakken und die Vorsitzende des Ausschusses für Familie und Kinder des norwegischen Parlaments, Gunn Karin Gjul

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:
- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten
- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

Distrikt Anger/Bruck

Vorsitzender:
Gerd Worm
Telefon: 304556
Karl.Gerd@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
nach längerer Pause lade ich Euch ein zur Versammlung des Distrikts Anger/Bruck am

16. November um 19 Uhr in den Räumen der AWO über der Filiale Anger der Sparkasse

Der Zugang zu den Räumen erfolgt über die Außentreppe. Auf der Tagesordnung steht u.a., dass ich mit Euch ein Glas auf meinen 50sten trinken will.

Weitere Tagesordnungspunkte werden sein:

- Bericht aus dem UVPA zum Vortrag der DB über den Stand des S-Bahn-Baus;
- Sachstand zur Sanierung der ERBA-Villa (Mareike Jädicke, 2. Vorsitzende des Fördervereins „Die Villa & Angertreff“)
- Ideensammlung für 2012 (bringt also welche mit!)
- Verschiedenes

Solidarische Grüße
Gerd Worm

Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:
Manfred Jelden
Telefon: 601333
manfred.jelden@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

Dienstag, 15. November, 19 Uhr im Schützenhaus

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden

Distrikt Frauenaurach

Vorsitzende:
Elizabeth Rossiter
Telefon: 992619
e.rossiter@web.de

Liebe Distriktsmitglieder,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten

Distriktsversammlung am Dienstag, den 8. November um 20 Uhr in der Sportgaststätte des TSV Frauenaurach

Bereits um 19 Uhr treffen sich alle, die vor unserer Versammlung etwas essen möchten.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen zur Kenntnis
2. Nachbesprechung der Veranstaltung „Wohnen im Alter – möglichst daheim“ vom 18. Oktober
3. Berichte vom Stadtrat, Ortsbeirat, etc.
4. Aktuelles aus dem Distrikt
5. Termine
6. Verschiedenes

Bericht von der Veranstaltung „Wohnen im Alter – möglichst daheim“:

24 Seniorinnen und Senioren nahmen am 18. Oktober unsere Einladung ins Gemeindezentrum an.

Zunächst hielten Gisela Niclas und Helga Steeger zwei kurze Referate zur Thema „Wohnen im Alter – möglichst daheim“. Anschließend gab es einen regen und interessanten Austausch mit dem Publikum. Unter anderem wurden folgende Themen diskutiert:

- Sportangebote für Senioren in Frauenaurach
- Probleme mit Niederflurbussen
- Schneeräumen in den Nebenstraßen
- Verbesserung der Barrierefreiheit zuhause.

In unserer nächsten Distriktssitzung am 8. November werden wir detailliert darüber informieren.

Für den Vorstand
Elizabeth Rossiter

Liebe Distriktsmitglieder!
Die nächste Sitzung ist am

22. November um 20 Uhr im Nebenraum der „Kulisse“ (Theaterstraße)

Wir werden uns mit einem weiteren Teil der interessanten Expertise der Friedrich-Ebert-Stiftung unter dem Titel „Gleichstellungspolitik kontrovers. Eine Argumentationshilfe“ beschäftigen.

Außerdem werden wir natürlich die dann aktuellen Themen und Entwicklungen diskutieren.

Für den Vorstand
Michael Zimmermann

Distrikt Innenstadt

Vorsitzender:
Michael Zimmermann
Telefon: 699118
zi-mi@web.de

Liebe GenossInnen,
wir laden Euch hiermit ein zum

gemütlichen Jahresausklang am Mittwoch, 30. November um 20 Uhr in der Gaststätte Waldschänke (Lange Zeile 104)

Mit solidarischen Grüßen
Christofer Zwanzig und Birgit Hartwig

Distrikt Ost

Vorsitzender:
Christofer Zwanzig
Telefon: 4003764
christofer@zwanzig-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktsversammlung am Dienstag, 8. November, 20 Uhr, Schlossgaststätte

Tagesordnung:
1. Aktuelles.
2. Rückblick Bürgerentscheid, TB
3. Parteireform
4. Terminfestlegungen
5. Verschiedenes.

Vorankündigungen:
- nächste Distriktsversammlung am 13. Dezember, 20 Uhr, Schlossgaststätte
- Gansessen am 13. November, 12 Uhr im Schloss

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Einladung

An alle Genossinnen und Genossen aus Tennenlohe und aus den anderen Distrikten sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten von überall

Wir laden Euch alle recht herzlich ein zum

Gansessen bei Fritz Klein im „Schlößla“ (d.i. Schloßgaststätte) am Sonntag, 13. November, 12 Uhr

Bitte eine kurze telefonische Mitteilung oder E-Mail bis zum 8. November an die oben angegebene Telefonnummer bzw. an die E-Mail-Adresse.

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll auf der nächsten Seite

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Protokoll der Distriktsversammlung vom 11.10.2011

1. Aktuelles
Der Distrikt trauert um sein langjähriges Mitglied Willibald Friedrich, das vor kurzem verstorben ist.

Ein neues Mitglied ist in den Distrikt eingetreten.

Der neue Tennenloher Bote ist in Druck und soll noch vor dem Bürgerentscheid zusammen mit einer Informationsbroschüre gegen das G6 verteilt werden.

2. Bürgerentscheid zum Gewerbegebiet G6
Rolf berichtet über die durchgeführten Informationstouren durch die Distrikte zum Bürgerentscheid gegen das G6. So wurden Distriktsversammlungen von West, Dechsendorf, Frauenaurach und Erlangen Ost/Süd besucht und über das Gewerbegebiet G6 informiert. Verschieden Distrikte haben sich bereit erklärt, den Kampf gegen das G6 aktiv durch Informationsverteilung zu unterstützen.

Die SPD Erlangen wird am 8. Oktober und am 22. Oktober jeweils einen Infostand am Hugo zum Thema G6 durchführen.

Ein Mitglied des Tennenloher Distrikts hat eine Spende, gebunden an den Kampf gegen das G6, eingezahlt. Der Distrikt entscheidet auf Antrag des Vorsitzenden einstimmig, die Spende für die Bezahlung von Flugblättern gegen das G6 zu verwenden.

3. Ortsbeirat
Die nächst Ortsbeiratssitzung findet am 23. November statt. Es sind viele unerledigte Themen aus den letzten Sitzung zu behandeln.

Hans Hauer

Distrikt West

Vorsitzender:
Gerd Peters
Telefon: 44366
gerd.peters-er@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
im November wollen wir uns am

Mittwoch, 23. November um 20 Uhr im Gasthof „Zur Einkehr“ (Güthlein)

treffen. Folgende **Tagesordnung** ist vorgesehen:

1. Aktuelle Bayernpolitik: Was bedeutet die Kandidatur von Christian Ude für unsere Partei? Philipp Dees, Mitglied des Landesvorstands und Juso-Landesvorsitzender, führt in die Diskussion ein.
2. Haushaltspolitische Vorstellungen unserer Stadtratsfraktion und Bedarfe im Stadtwesten
3. Berichte aus Stadtratsfraktion, Kreisvorstand und Ortsbeirat
4. Verschiedenes

Im Auftrag des Vorstands
Gerd Peters

P. S.: Im September hatten wir eine lebhafte Diskussion mit Vertretern der Geschichtswerkstatt Büchenbach. Diese zeigten ein sehr breites Spektrum von Möglichkeiten auf, Straßennamen zu finden, die einen Bezug haben zur lokalen Landschaft, zur örtlichen Vegetation, zu historischen Ereignissen oder auch zu handwerklichen Traditionen, die in Büchenbach gepflegt wurden. Angesichts weiter fortschreitender Bebauung ist es relevant, ob Straßen nach Persönlichkeiten, auch Stadträten, benannt werden oder ob es gelingt, stadtteilsspezifische Benennungen zu finden.

Daran anschließend diskutierten wir sehr kontrovers über die Problematik G6 (Gewerbegebiet in Tennenlohe) und den Bürgerentscheid hierüber. Teilweise wurden die vorgetragenen Positionen als sehr stadtteilegoistisch und als wenig dienlich bei Betrachtung gesamtstädtischer Entwicklungsstrategien angesehen. 17 Genossinnen und Genossen sowie Gäste hatten sich eingefunden.

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Mitgliederversammlung am Mittwoch, 16. November, 15 Uhr im August-Bebel-Haus

Tagesordnung:
1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls
3. Aktuelles
4. Jahresschwerpunkt des Kreisverbands „Wo bleibt die Gerechtigkeit“
5. Verschiedenes

Wir werden versuchen, Helmut Pfister oder Dieter Rosner als Referenten zu gewinnen.

Ich grüße im Namen des Vorstands
Hartmut Wiechert

AG 60plus

Vorsitzender:
Hartmut Wiechert
Telefon: 991232
Hartmut.wiechert@t-online.de

Liebe Genossinnen,
für unsere November-Sitzung

am 9. November um 20 Uhr im Sitzungsraum (Keller) im August-Bebel-Haus

schlagen wir vor, über die Situation von Lesben und Schwulen und politische Forderungen dazu zu diskutieren.

Ihr seid herzlich eingeladen!

Für den Vorstand
Barbara Pfister

AsF

Sprecherinnen:
- Saskia Coerlin
  scoerlin@hotmail.com
- Gunda Gerstenmeyer
- Hildegard Gröger
  Telefon: 502415
- Birgit Hartwig
  Telefon: 55939
  Birgit.Hartwig@web.de
- Jule Mildenberger
  Telefon: 23435
- Barbara Pfister
  Telefon: 502481
  barbara.pfister@fen-net.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
hiermit laden wir euch herzlich ein zur diesjährigen

Jahreshauptversammlung der Jusos Erlangen am Mittwoch, 2. November um 20:15 Uhr im „Orpheus“, Luitpoldstraße 25

Wir schlagen euch folgende **Tagesordnung** vor:
1) Begrüßung
2) Konstituierung: Wahl der Sitzungsleitung und der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
3) Rechenschaftsbericht des Kreisvorstands
4) Aussprache
5) Entlastung des Vorstands
6) Vorstellung des neuen Arbeitsprogramms mit anschließender Diskussion und Änderungsanträgen
7) Wahl der/des Vorsitzende/n
8) Wahl der Stellvertreter/innen
   a. Abstimmung über die Anzahl der Stellvertreter/innen
   b. Wahl der Stellvertreter/innen
9) Wahl der zwei Juso-Vertreter/innen im Kreisvorstand der SPD
10) Anträge
11) Sonstiges
12) Schlusswort der/des neuen Vorsitzenden

Mit sozialistischen Grüßen
Carl Friedrich

Jusos

Vorsitzender:
Carl Friedrich
Carl-Philipp@gmx.de

Partei in Bewegung: Die Parteireform der SPD

Kurzfassung des Leitantrags des Parteivorstands zum SPD-Bundesparteitag vom 4. bis 6. Dezember 2011

Mit den einstimmig beschlossenen Vorschlägen der organisationspolitischen Kommission hat die SPD die umfangsreichste Reform ihrer Strukturen seit den 90er Jahren auf den Weg gebracht. Im Zentrum der Parteireform steht die massive Ausweitung der Beteiligungsmöglichkeiten für die Mitglieder.

Mitgliederbeteiligung
Die Mitbestimmungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für die Mitglieder der SPD werden in einem Maße erweitert, wie es sie in der SPD bisher noch nicht gab.

Mitgliederbeteiligung bei der Personalauswahl
Bei der Aufstellung von Einzelkandidat/innen für öffentliche Ämter und Mandate als auch bei der Wahl des/der Vorsitzenden sollen die Mitglieder auf der jeweiligen Ebene beteiligt werden, wenn mehr als eine Person kandidiert.

Über die Art der Beteiligung aller Mitglieder – z.B. durch regionale Mitgliederversammlungen, Vorwahlen oder Briefwahlen – entscheidet jede Gliederung Ort. Eine Beteiligung aller Mitglieder erfolgt durch Entscheidung der jeweiligen Gremien oder wenn mindestens 10 Prozent der Mitglieder der jeweiligen Ebene dies beantragen.

Mitgliederbeteiligung bei Sachfragen
Wir erweitern die jetzt für die Bundesebene vorgesehenen Möglichkeiten, Sachentscheide durch die Mitglieder herbeizuführen, auf alle Gliederungsebenen.

Wir erleichtern die Durchführung von Mitgliederbegehren und Mitgliederentscheiden. Wird ein Begehren auf Bundesebene angezeigt, werden zukünftig alle Mitglieder über das sozialdemokratische Magazin Vorwärts informiert.

Wir senken das Quorum für einen erfolgreichen Mitgliederentscheid. Der Entscheid ist wirksam, wenn die Mehrheit der Abstimmenden zugestimmt hat und sich mindestens ein Fünftel der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt hat (bisher mussten ein Drittel der Mitglieder zustimmen).

Ein Mitgliederbegehren soll zukünftig auch online durchgeführt werden können. Wir werden die rechtlichen und technischen Voraussetzungen dafür mittelfristig schaffen.

Zukünftig ist bei einem Mitgliederentscheid auch eine Briefwahl möglich.

Programm- und Zielgruppenarbeit
Künftig werden Themenforen auf Bundesebene die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften sinnvoll ergänzen. Bezirke und

Unterbezirke können eigene Themenforen einrichten.

Die Themenforen und Arbeitskreise auf Parteivorstandsebene erhalten Rede- und Antragsrecht auf dem Bundesparteitag.

Jedes Themenforum des Parteivorstands und jede Arbeitsgemeinschaft hat zukünftig eine/n beratende/n Delegierte/n auf dem Bundesparteitag

Die SGK erhält Rede- und Antragsrecht auf den Parteitagen der SPD. Der Kommunalbeirat des SPD-Parteivorstandes wird offiziell in unseren Statuten verankert und erhält Rede- und Antragsrecht auf dem Bundesparteitag.

Wir werden in die Ausbildung von sozialdemokratischen Vertrauensleuten investieren. Sie sollen in Stadtteilen mit vielen potenziellen SPD-Wähler/innen – aber geringer Wahlbeteiligung – aufsuchende Vertrauensarbeit leisten.

Partei für Unterstützer/innen öffnen
Interessierte Nichtmitglieder können Unterstützer/in einer Arbeitsgemeinschaft oder einem Themenforum werden. Ein/e Unterstützer/in zahlt einen Beitrag und erhält in einer Arbeitsgemeinschaft oder einem Themenforum der SPD – wie bereits heute bei den Jusos – die vollen Mitgliedsrechte. Aktive, die als Vertreterinnen oder Vertreter von Arbeitsgemeinschaften und Themenforen Funktionen in den Gremien der Partei wahrnehmen, müssen Mitglied der SPD sein.

Bei der Berechnung von Delegiertenmandaten in der Arbeitsgemeinschaft werden Unterstützer/innen zukünftig mit berücksichtigt. Vertreterinnen und Vertreter in Gremien der Partei müssen Parteimitglied sein.

Die Gastmitgliedschaft in der SPD setzen wir fort.

Gliederungen können – wie bisher – bei der Aufstellung von Einzelkandidat/innen für öffentliche Ämter und Mandate Nichtmitglieder beteiligen, wenn es mindestens zwei Kandidat/innen gibt. Zur rechtlichen Absicherung und um Missbrauch und Manipulation auszuschließen, erlässt der Parteivorstand eine Verfahrensrichtlinie.

Reform der Parteigremien
Der Parteivorstand wird von 45 auf 35 Mitglieder verkleinert. Das Präsidium wird abgeschafft. Der Parteivorstand wird damit als Führungsgremium der SPD gestärkt. Er tagt alle zwei Wochen.

Die Bezirke und Unterbezirke sollen eng in die politische Willensbildung eingebunden sein. Dazu führen wir einen Parteikonvent mit 200 Delegierten ein, der an die Stelle des bisherigen Parteirates tritt. Der Parteikonvent hat den Charakter eines „kleinen Parteitages“. Er wird damit das wichtigste Parteigremium zwischen den ordentlichen Bundesparteitagen und hat im Gegensatz zum heutigen Parteirat echte Entscheidungskompetenzen.

Zusätzlich tagt einmal im Jahr eine Konferenz der Unterbezirks- und Kreisvorsitzenden.

Um die Gliederungen zu stärken, werden wir den Bundesparteitag vergrößern. Statt 480 Delegierten sollen ihm zukünftig 600 angehören.

Die Langfassung dieses Antrags, die daraus abgeleiteten Änderungen des Organisationsstatuts und der Finanzordnung der SPD sowie die weiteren Anträge des Parteivorstands gibt es im Internet unter www.spd-parteitag.de.